

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 28. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

TOP 4 und Top 15 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beraten, ebenso TOP 10 und TOP 20i).

Zu TOP 11 liegt eine Neufassung als **Tischvorlage** aus.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen <ul style="list-style-type: none">• Protokoll 19/27 der Sitzung am 08.03.2018	
-------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe Protokoll der Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 19.04.2018.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Bebauungsplan 2484 (Fernbusterminal) für ein Gebiet in Bremen – Mitte, Ortsteil Bahnhofsvorstadt zwischen dem Breitenweg, der Friedrich-Rauers-Straße, der Eisenbahnlinie Bremen-Oldenburg und der Bürgermeister-Smidt-Straße -FB-01-	Vorlage 19/424 Zu TOP 15
-------	---	---------------------------------------

Dieser TOP wird gemeinsam mit TOP 15 beraten.

Herr Saxe meint, dass dies ein Schlüsselprojekt für die Stadtentwicklung und auch die Innenstadt sein werde.

Herr Buchholz bemängelt, dass eine Ladeinfrastruktur für E-Busse fehle. Diese müsse in die Planung einbezogen werden.

Herr Strohmang drängt auf eine zügige Umsetzung. Diese Maßnahme basiere auf einer lange zurückliegenden Forderung der Seniorenvertretung. Man hätte das Grundstück schon viel früher kaufen und damit den Zwischenhändler sparen können, zumal die Liberalisierung der Busverkehre länger absehbar war.

Herr Bücking bittet darum, die Anbindung an den Bahnhof und den Straßenbahnknoten für die Fahrgäste so komfortabel wie möglich zu gestalten.

Frau Sprehe findet den Standort optimal. Dieser biete eine vernünftige Struktur und werde durch das Hotel und das Parkhaus belebt, so dass sich die Fahrgäste dort sicher fühlen können.

Herr Deutschendorf teilt mit, dass der Landesbehindertenbeauftragte sehr früh im Planungsprozess einbezogen werde, um in Sachen Barrierefreiheit Standards für die Zukunft zu setzen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen – Mitte, Ortsteil Bahnhofsvorstadt zwischen Friedrich-Rauers-Straße, Breitenweg, Bürgermeister-Smidt-Straße und der Eisenbahnlinie Bremen-Oldenburg ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Einstimmig

TOP 15	Fernbusterminal Bremen – Ergebnisse der „Städtebaulichen, verkehrlichen und immobilienwirtschaftlichen Variantenuntersuchung“ und Freigabe der Finanzmittel für Planung und Grunderwerb -51-	Vorlage 19/410 Zu TOP 4
---------------	--	--------------------------------------

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Entscheidung für die vorgelegte Variante AB zum Fernbusterminal Bremen zu und nimmt die weiteren Kostenschätzungen für die Investitionen und den Betrieb zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenberechnung für Planung und Grunderwerb zur Kenntnis, stimmt der Finanzierung der Planungsmittel und der Durchführung der erforderlichen Grundstücksgeschäfte in Höhe von 1,76 Mio. € zu.*
- 3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet um erneute Berichterstattung über die Ergebnisse des Architektenwettbewerbs und eine Befassung mit Betriebskonzept zur Freigabe der Baumittel.*

Einstimmig

TOP 5	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 126 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung eines Studierendenwohnheims (Appartements) mit zwei Gebäuden zwischen der Ottostraße und der Kantstraße in Bremen-Neustadt Bericht der Deputation -64- / -FB-01-	Vorlage 19/418
--------------	--	-------------------

Herr Buchholz hält das Projekt nach wie vor für überdimensioniert. Seine Fraktion bleibe bei ihrer Enthaltung dazu. Anlässlich eines Hinweises habe er beim Landesamt für Denkmalpflege die Auskunft erhalten, dass das Vorhaben keine denkmalrechtlichen Belange berühre.

Frau Bernhard erklärt, dass ihre Fraktion bei der Ablehnung des Projektes bleibe. Es sei in der Tat überdimensioniert und die Argumentation im Beirat sei nachvollziehbar.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 126 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von zwei Wohngebäuden für Studierende zwischen der Ottostraße und der Kantstraße in Bremen-Neustadt (Bearbeitungsstand: 15.03.2018) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 126 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von zwei Wohngebäuden für Studierende zwischen der Ottostraße und der Kantstraße in Bremen-Neustadt (Bearbeitungsstand:15.03.2018).

Zustimmung

gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE
und bei Enthaltung der Fraktion der FDP

TOP 6	Bebauungsplan 2477 für ein Gebiet in Bremen-Häfen zwischen Hans-Glas-Straße, Wilhelm-Maybach-Straße, Gleisanlagen der Industriebahn und dem Werksgelände des Stahlwerks (Bremer Industrie-Park) Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung -FB-01 -	Vorlage 19/413
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes 2477 für ein Gebiet in Bremen-Häfen zwischen Hans-Glas-Straße, Wilhelm-Maybach-Straße, Gleisanlagen der Industriebahn und dem Werksgelände des Stahlwerks (Bremer Industrie-Park) (Bearbeitungsstand: 08.03.2018) einschließlich Begründung abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2477 für ein Gebiet in Bremen-Häfen zwischen Hans-Glas-Straße, Wilhelm-Maybach-Straße, Gleisanlagen der Industriebahn und dem Werksgelände des Stahlwerks (Bremer Industrie-Park) (Bearbeitungsstand:08.03.2018).

Einstimmig

TOP 7	10. Ortsgesetz über die Gestaltung des charakteristischen Erscheinungsbilds für ein Gebiet zwischen Stephanibrücke, Eduard- Schopf-Allee, Doventorstraße, Diepenau, Weserpromenade und Vor Stephanitor (Gestaltungssatzung Stephani) -Zustimmung zur Gestaltungssatzung -FB-01 -	Vorlage 19/414
--------------	---	-------------------

Herr Buchholz schließt sich der Ablehnung des FDP-Vertreters im Beirat an, der dort keinen besonderen städtebaulichen Charakter entdecken könne und die Überregulierung bestehender Bauvorschriften unnötig finde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des 10. Ortsgesetzes über die Gestaltung des charakteristischen Erscheinungsbilds für ein Gebiet zwischen Stephanibrücke, Eduard- Schopf-Allee, Doventorstraße, Diepenau, Weserpromenade und Vor Stephanitor (Bearbeitungsstand: 10.09.2017) einschließlich Begründung zu.

Zustimmung
gegen die Stimme der Fraktion der FDP

TOP 8	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 107 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von 41 Einfamilienhäusern für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen - An Rauchs Gut - Auf dem Hohen Ufer - östlich Finkenschlag - Planaufstellungsbeschluss - beschleunigtes Verfahren gemäß §13 a BauGB -BBN-	Vorlage 19/404
--------------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer fragt, ob darüber nachgedacht werde, das alte Backsteingebäude des Bauernhofs zu erhalten. Sie bittet darum, sich im Gespräch mit dem Investor für eine Dachbegrünung bei der Bebauung einzusetzen.

Herr Donaubaer berichtet, dass das alte Hauptgebäude nach den Belangen des Denkmalschutzes nicht erhaltenswert sei. Dennoch nimmt er die Anregung für das weitere Verfahren mit. Es werde einen Grünordnungsplan geben und dabei werde auch das Thema Gründächer angesprochen werden.

Herr Buchholz möchte wissen, ob der Beirat mit der Vorlage befasst wurde. Sollte der Beirat kein Votum abgegeben haben, werde er sich enthalten.

Herr Donaubaer antwortet, dass es einen Ortstermin zwischen Investor und Beirat gegeben habe. Das Ortsamt habe die Deputationsvorlage erhalten, der Beirat habe dazu bisher keine Stellungnahme abgegeben.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen An Rauchs Gut, Auf dem Hohen Ufer und östlich Finkenschlag ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 107 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan). Die Planung soll im Grundsatz die in*

der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 107 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen An Rauchs Gut, Auf dem Hohen Ufer und östlich Finkenschlag im beschleunigten Verfahren gemäß §13a BauGB aufgestellt werden soll.

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktion der FDP

TOP 9	Bebauungsplan 1568 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack - östlich Fährer Flur - südlich Aumunder Heide (rückwärtige Grundstücksgrenzen) - westlich Ludwig-Jahn-Straße - nördlich Freizeitbad Vegesack - Planaufstellungsbeschluss - beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB -BBN-	Vorlage 19/405
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand 09.03.2018) bezeichnete Gebiet in Bremen-Vegesack östlich Fährer Flur, südlich Aumunder Heide (rückwärtige Grundstücksgrenzen), westlich Ludwig-Jahn-Straße und nördlich Freizeitbad Vegesack ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan 1568). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 1568 mit zu integrierendem Freiraumkonzept für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand 09.03.2018) bezeichnete Gebiet in Bremen-Vegesack östlich Fährer Flur, südlich Aumunder Heide (rückwärtige Grundstücksgrenzen), westlich Ludwig-Jahn-Straße und nördlich Freizeitbad Vegesack im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.

Einstimmig

TOP 10	<p>11. Ortsgesetz über die Festlegung eines bebauten Bereiches im Außenbereich als im Zusammenhang bebauter Ortsteil „Entwicklungssatzung 1204“ nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen - An der kleinen Geest - Vor den Ahnewelgen - Landschaftsschutzgebiet - Siedlungsrand der Bebauung an der Grambker Heerstraße - Änderung der Verfahrensbezeichnung - Absehen von der erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation) -BBN-</p>	Vorlage 19/406 Zu TOP 20i)
---------------	---	---

Dieser TOP wurde gemeinsam mit TOP 20i) beraten.

Herr Strohmann bittet um Erläuterung zur vorgesehenen Erschließung.

Herr Donaubauer berichtet, dass es vor einigen Jahren versucht wurde, das Gebiet über einen Bebauungsplan mit öffentlicher Erschließung zu erschließen. Das habe sich aufgrund der sumpfigen Bodenverhältnisse und der Grundstücksgrößen als zu teuer herausgestellt, gerade für die Anlieger, die die Erschließungskosten zum größten Teil zu tragen haben. Viele der Gebäude seien vor Jahrzehnten ohne Genehmigung errichtet worden. Voraussetzung für eine Legalisierung der Gebäude sei aber eine gesicherte Erschließung. Daher solle nun eine Erschließung nach minimierten Standards als Privatweg erfolgen, die es trotzdem ermögliche, eine nachträgliche Genehmigung erteilen zu können. Die Mehrheit der Eigentümer habe sich in einem Verein zusammengeschlossen. Dieser Verein solle der Stadt ein öffentliches Geh-, Fahr- und Leitungsrecht einräumen, das an die Nutzergemeinschaft abgetreten werde. Das letzte Grundstück auf dem Lageplan, zu dem Schreiben des Eigentümers u. a. an die Deputierten gegangen seien, liege seit 1968 im bestehenden Landschaftsschutzgebiet. In einer ersten Entwurfsfassung der Entwicklungssatzung waren auch für dieses Grundstück bauliche Erweiterungsmöglichkeiten vorgesehen gewesen. Nach geäußerten Bedenken der Naturschutzbehörde im Rahmen der Behördenbeteiligung musste das bestehende Gebäude dann sehr restriktiv im Bestand festgesetzt werden. Der Eigentümer wurde hierüber informiert.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt, dass das bisherige Verfahren „Entwicklungssatzung 1204 gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen An der kleinen Geest, Vor den Ahnewelgen, Landschaftsschutzgebiet und Siedlungsrand der Bebauung an der Grambker Heerstraße“ unter der Bezeichnung „11. Ortsgesetz über die Festlegung eines bebauten Bereiches im Außenbereich als im Zusammenhang bebauter Ortsteil „Entwicklungssatzung 1204“ nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen An der kleinen Geest, Vor den Ahnewelgen, Landschaftsschutzgebiet und Siedlungsrand der Bebauung an der Grambker Heerstraße“ inhaltlich und formell unverändert fortgeführt wird.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt, dass gemäß § 34 Abs. 6 Satz 1 in Verbindung mit § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des 11. Ortsgesetz über die Festlegung eines*

bebauten Bereiches im Außenbereich als im Zusammenhang bebauter Ortsteil „Entwicklungssatzung 1204“ nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen An der kleinen Geest, Vor den Ahnewelgen, Landschaftsschutzgebiet und Siedlungsrand der Bebauung an der Grambker Heerstraße (Bearbeitungsstand: 12.03.2018) abgesehen wird.

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum 11. Ortsgesetz über die Festlegung eines bebauten Bereiches im Außenbereich als im Zusammenhang bebauter Ortsteil „Entwicklungssatzung 1204“ nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen An der kleinen Geest, Vor den Ahnewelgen, Landschaftsschutzgebiet und Siedlungsrand der Bebauung an der Grambker Heerstraße (Bearbeitungsstand: 12.03.2018).

Einstimmig

TOP 20i)	Bebauung Föhrenbrok-Lage des Landschaftsschutzgebietes -BBN, 30-	BdV mündlich Zu TOP 10
-----------------	--	-------------------------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 11	2. Änderung des Bebauungsplanes 1299 „Science Park“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Steingutstraße, Friedhof Grohn, Jacobs University Bremen, Bruno-Bürgel-Straße - Planaufstellungsbeschluss - beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB -BBN	Vorlage 19/416
---------------	---	-------------------

Herr Pohlmann weist auf die vorliegende Neufassung der Vorlage hin.

Frau Sprehe begrüßt die Planung. Die Colleges seien für den Bestand der Jacobs University Bremen (JUB) sehr wichtig und durch den Flächentausch werde die Zukunft des Sports auf dem Oeversberg gesichert.

Auf Nachfrage von **Herrn Scharf** erläutert **Herr Donaubauer**, dass mit den Vereinen und dem Landessportbund an einem runden Tisch beraten wurde, welche Sportanlagen perspektivisch gebraucht würden. Dafür wurden die Flächen gesichert. Neben dem Flächenbedarf für Sport auf dem Oeversberg gebe es einen Anspruch der JUB. Über weitere Flächen werde in gesonderter Bauleitplanung zu entscheiden sein.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Bebauungsplan (Bearbeitungsstand 16.03.2018) bezeichnete Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Steingutstraße, Friedhof Grohn, Jacobs University Bremen und Bruno-Bürgel-Straße ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zur 2. Änderung

des Bebauungsplanes 1299). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass die 2. Änderung des Bebauungsplanes 1299 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Steingutstraße, Friedhof Grohn, Jacobs University Bremen und Bruno-Bürgerel-Straße im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB soweit erforderlich im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.

Einstimmig

TOP 12	Discomeile Ausbau der Nebenanlagen mit zukünftig einstreifiger Fahrbahnführung -ASV-	Vorlage 19/401
---------------	--	-------------------

Herr Senkal ist unzufrieden mit der Vorlage. Es war schon sehr lange ein Konzept angekündigt, das sich nicht nur auf die verkehrliche Zusammensetzung beziehen sollte, sondern darstellen sollte, wie man die öffentlichen Räume inhaltlich gestalten könne, mit Belichtungskonzepten, mit Varianten, wie man die Angsträume gestalten könne. Es war angekündigt, dass dieses Konzept in dieser Vorlage mit eingebracht werde. Das sei nicht erfolgt. Ebenso fehle das Lichtkonzept, das unter Beteiligung der Anlieger zusammen mit der Gesamtmaßnahme umgesetzt werden sollte.

Frau Neumeyer schließt sich der Forderung nach einer Vorlage des Gesamtkonzepts an.

Herr Saxe begrüßt den zu erwartenden Sicherheits- und Komfortgewinn für die Besucher*innen, aber auch für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Ein erster Schritt sei eigentlich schon der Umbau des Knotens am Breitenweg/Rembertstraße. Er fragt weiter nach der Vereinbarung mit den Betreibern zur Bedienung der Schranke.

Herr Schwarz findet die Kosten für Baustelleneinrichtung und Verkehrssicherung sehr hoch.

Frau Pieper antwortet, dass die konkrete Aufstellung der Kosten der Baustelleneinrichtung beim Amt für Straßen und Verkehr eingesehen werden könne.

Herr Viering berichtet, dass es eine Vereinbarung mit den Discobetreibern gebe, allerdings ändere sich durch die Baustelleneinrichtung die Situation vor Ort. Aktuell werde geprüft, welche Auswirkungen diese neuen Rahmenbedingungen haben.

Herr Pohlmann bittet die Verwaltung, das Gesamtkonzept den Deputierten zukommen zu lassen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenberechnung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und ihrer Finanzierung zu.

Einstimmig.

TOP 13	Optimierung der Lichtsignalsteuerung in der Schwachhauser Heerstraße zwischen Kirchbachstraße und Bürgermeister-Spitta-Allee -ASV-	Vorlage 19/402
---------------	--	-------------------

Herr Saxe begrüßt, dass hier eine Bevorzugung von Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen möglich werde, ohne dass der motorisierte Verkehr Nachteile habe. Dies sei eine Verbesserung der Nahmobilität und es sollte auch an anderen geeigneten Stellen geprüft und umgesetzt werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 14	Hafenrandstraße Fahrbahninstandsetzung und Fahrbahnerneuerung -ASV-	Vorlage 19/409
---------------	--	-------------------

Herr Strohmann befürwortet einerseits, dass die Hafenrandstraße nun bevorzugt saniert werde, andererseits befürchtet er, dass das Geld an anderer Stelle für die Straßenerhaltung fehlen werde. Es seien nach wie vor zu wenig Gelder für den Straßenerhalt im Haushalt eingestellt, insbesondere sei offen, wie es nach dem Wegfall der Entflechtungsmittel weiter gehen werde. Der Zustand der Hafenrandstraße sei auch dem geschuldet, dass der Wesertunnel sieben Jahre zu spät komme und jeder LKW belaste nicht nur zusätzlich die Hafenrandstraße, sondern auch die Stephanibrücke. Trotzdem werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen. Die Hafenrandstraße sei ungemein wichtig für die Wirtschaftsverkehre und damit für den Wirtschafts- und Logistikstandort Bremen.

Frau Sprehe begrüßt, dass diese Hauptverkehrsstraße wieder in einen verkehrstüchtigen Zustand versetzt werde und damit keine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 Km/h dort drohe. Sie gehe davon aus, dass die Leitungsträger beteiligt werden, um ihre jeweiligen Leitungen bei dieser Gelegenheit ebenfalls zu erneuern. Die Finanzierung erfolge nicht aus Straßenerhaltungsmitteln, das sei der Vorlage zu entnehmen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Fahrbahninstandsetzung und Fahrbahnerneuerung der Hafenrandstraße und der Finanzierung über 4,4 Mio. € in 2018/19 zu.

Einstimmig

TOP 16	Verbesserung der Verkehrssituation am Bremer Kreuz; Planungsmittel zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Bereich der Stadtgemeinde Bremen aufgrund der interkommunalen Projektentwicklung mit der Stadt Achim -5-	Vorlage 19/421
---------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den aktuellen Planungsstand zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Bereich der Stadtgemeinde Bremen aufgrund der interkommunalen Projektentwicklung mit der Stadt Achim aus der beigefügten und am 20.03.2018 beschlossenen Senatsvorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt das Erfordernis weiterer Planungsmaßnahmen zur Kenntnis und stimmt diesen Planungsmaßnahmen mit einem Kostenvolumen von insgesamt 555.000 EUR zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Finanzierung der Planungsmaßnahmen durch frei werdende bremische Mittel, die aufgrund zusätzlicher Einnahmen aus Regionalisierungsmitteln entstehen, in entsprechender Höhe zu.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Finanzierung der Personalkosten für die Projektsteuerung und Planungsbegleitung in Höhe von rd. 101 T€ p.a. unter Einrichtung einer Refinanzierungsstelle beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu.
5. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, zur Sicherung der Ausbauplanung auf bremischer Seite eine zeitnahe Baurechtschaffung vorzubereiten.
6. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr über die Ergebnisse der Planung und die Verhandlungsergebnisse mit Niedersachsen/ Achim zeitnah zu berichten.

Einstimmig

TOP 17	Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags im straßengebundenen ÖPNV auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen (ÖDLA) -5-	Vorlage 19/422
-------------------	---	-------------------

Herr Janßen hält eine Direktvergabe hier richtig. Der finanzielle Rahmen sei jedoch nicht ausreichend. Die Zuwendungen blieben im derzeitigen Rahmen, die Ticketpreise würden sich im oberen Level bewegen. Gerade Personen mit geringem Einkommen seien auf den ÖPNV angewiesen, bei ständig steigenden Ticketpreisen sei das immer schwieriger. Es müsste ein anderer Umfang der Aufwendungen enthalten sein, um auch langfristig nicht nur eine hohe Qualität zu gewährleisten, sondern auch die Nutzerinnen- und Nutzerzahlen wieder steigern zu können. Daher werde er sich enthalten.

Herr Buchholz erklärt, dass er der Vorlage nicht zustimmen werde. Eine Direktvergabe über eine Laufzeit von 22,5 Jahren sei gerade im Hinblick auf die sich verändernde Mobilität zu lange. Zudem sei der Ausbau der Linien 1 und 8 enthalten, den seine Fraktion ablehne.

Herr Staatsrat Deutschendorf betont, dass auch die Verwaltung die Anzahl der Nutzer*innen erhöhen wolle, dazu laufe derzeit in verschiedensten Bereichen eine intensive Diskussion über die Entwicklung und Anpassung der Fahrpreismodelle. Mit diesem Vertrag seien Änderungen und Anpassungsmöglichkeiten innerhalb der Laufzeit möglich, ebenso wie technische Neuerungen.

Herr Hamburger führt aus, dass Bremen hinsichtlich der Fahrpreise im Vergleich mit anderen Großstädten im sehr günstigen Bereich liege. Bremen habe dazu ein sehr gutes Angebot, fünf - zehner-Minuten-Takte, Verfügbarkeiten bis Mitternacht, zum Teil Nachtverkehre an Wochentagen über Mitternacht hinaus und das Stadtticket zum günstigeren Preis.

Dass die Finanzierung der neuen Straßenbahnen abgesichert werden musste, bedinge auch die Laufzeit von 22,5 Jahren.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Öffentlichen Dienstleistungsvertrag Stadtverkehr (ÖDLA) inklusive seiner Anlagen und Anhänge wie beigefügt zur Kenntnis und stimmt der Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags im straßengebundenen ÖPNV auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen (ÖDLA) und der damit verbundenen Endschafftsregelung zu.

Zustimmung

gegen die Stimme der Fraktion der FDP und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

TOP 18	Verwendung der veränderten Zuweisungen des Bundes im Rahmen des vierten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes im Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremen -5-	Vorlage 19/411
---------------	---	-------------------

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den in der Anlage beigefügten Sachstandsbericht zur Verwendung der veränderten Zuweisungen des Bundes im Rahmen des vierten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der dargestellten Erhöhung der Stellenrefinanzierung aus Mitteln des BremÖPNVG um 22,6 VZE zu.*

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktion der FDP

TOP 19	VEP Maßnahme D.15: Radpremiumroute Bremen-Nord – Innenstadt - Hemelingen Sachstand der Abstimmung und Schritte zur Umsetzung -5-	Vorlage 19/423
---------------	--	-------------------

Frau Sprehe bittet um Prüfung, ob im Zusammenhang mit der Radpremiumroute in der Christernstraße die Geschwindigkeit auf 30km/h beschränkt werden könne. Dies fordere auch der Beirat Hemelingen dort schon lange.

Herr Saxe fragt nach der Zeitplanung der Umsetzung der gesamten Route.

Herr Hamburger antwortet, dass auch aus fachlicher Sicht Tempo 30 in der Christernstraße wünschenswert sei und geprüft werde.

Die Umsetzung einer solchen Maßnahme, die Route habe insgesamt eine Länge von 40 km, erfordere umfangreiche Abstimmungen und entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten. Daher könne es insgesamt ein paar Jahre dauern. Die Finanzierung sei für diesen Haushalt soweit gesichert, dass ein Teil der Maßnahmen bis Ende 2020 fertig gestellt werden könne.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den vorliegenden Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Vorgehensweise, mit der vertiefenden Planung nach HOAI für den rund 10 km langen Abschnitt Mahndorf - Hastedt zu beginnen zu.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet die Verwaltung vor der Umsetzung erster Abschnitte um eine entsprechende qualifizierte Beschlussvorlage, die die Kosten für die bauliche Umsetzung darstellt und die Freigabe der Haushaltsmittel für den Bau der Premiumroute vorbereitet.*

Zustimmung
gegen die Stimme der Fraktion der FDP

TOP 20	Berichte der Verwaltung	
TOP 20a)	Präsentation des Jury-Ergebnisses zum Kellogg-Gelände	BdV mündlich

Frau Endrulat stellt die Entwürfe anhand einer Präsentation vor.

Frau Bernhard fragt vor dem Hintergrund der Presseberichte über den erfolgten Verkauf der Fläche nach dem Stand des städtebaulichen Vertrags. Weiter möchte sie wissen, wie sich das zum Vorkaufsrecht der Stadt Bremen für einen Teilbereich der Fläche verhalte und wie viele Wohneinheiten die einzelnen Entwürfe vorsehen.

Frau Endrulat berichtet, dass der städtebauliche Vertrag rechtzeitig bis zum 31. Mai 2018 fertig sein werde. Der Kaufvertrag werde nur wirksam, wenn der städtebauliche Vertrag abgeschlossen sei. Unter dieser Voraussetzung werde die Stadtgemeinde das Vorkaufsrecht nicht ausüben.

Die Entwürfe zeigten ein breites Spektrum und es sei noch nicht klar, wie hoch die Anteile an Gewerbe und an Wohnen sein werden. Daher könne keine Aussage zur Anzahl der Wohneinheiten getroffen werden. Aber es sei zu erwarten, dass es eine große Anzahl sein werde.

Herr Bücking ergänzt, dass in einem sehr kleinen Zeitfenster renommierte Büros dazu angehalten waren, Vorschläge zu erarbeiten. Ergebnis sei erst mal nur, dass der Korb von Ideen größer geworden sei. Und dass man sich mit den beteiligten wirtschaftlichen Akteuren über eine ungefähre Größenordnung des Bauvolumens verständigen könne. Jetzt beginne die zweite Phase, ein Masterplan werde entwickelt. Es seien spannende Diskussionen zu erwarten, über einen neuen Typ von Wohngebäuden, die Organisation des Verkehrs und der Energieversorgung usw. Es lohne sich, mit großer Ambition daran weiter zu arbeiten.

Herr Schwarz mahnt die unzureichende Infrastruktur in der Überseestadt an.

Frau Endrulat verweist dazu auf das in Erarbeitung befindliche Integrierte Verkehrskonzept Überseestadt.

Frau Bernhard möchte wissen, inwieweit die Stadt noch Gestaltungsmöglichkeiten habe bzw. behalte, was sie bei einer Entwicklungssatzung in einer ganz anderen Weise hätte. Es sei das Wesentliche, dass man als Stadt hier die Möglichkeit behalte, Einfluss zu nehmen.

Herr Viering berichtet, dass der erste städtebauliche Vertrag voraussichtlich Ende Mai in der Deputation vorgestellt werden solle. Es sei das Ziel, soviel Gestaltungsspielraum wie möglich durch Verträge sicher zu stellen. Bei einer Entwicklungsmaßnahme sei gesetzlich vorgeschrieben zu prüfen, ob man nicht mit Verträgen dasselbe Ziel erreichen könne. Insofern wäre man auch dann heute an der gleichen Stelle.

In dem ersten Vertrag treffe man nur grobe Verabredungen und einige sich über Ziele und wichtige Themen, die angegangen werden müssen. Spätestens wenn das Planungsrecht anstehe werde es einen weiteren städtebaulichen Vertrag geben. Zum Planungsrecht gehöre dann eine Erschließungslösung, die auch eine Anbindung dieses Gebietes beinhalte.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20b)	Sachstandsbericht zum „Werner-Damke-Steg“ in der Roggenkamp-Siedlung in Huchting -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20c)	Optimierung des ÖPNV-Nachtverkehrs in Bremen-Nord -50-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20d)	Sanierung A 270 – Umsetzung der Erneuerungsmaßnahmen -5-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Scharf kritisiert, dass der Bericht über ein Jahr auf sich warten lasse und dann derart unzureichend beantwortet sei. Im Oktober 2017 wurde gesagt, dass die A 270 in einem tip-top-Zustand sei. Hier stehe nun, ein verkehrssicherer Zustand sei gegeben. Im Haushalt 2015/2016 wurden Planungsmittel für die Sanierung eingestellt, folglich habe man damals also erkannt, dass an der Straße etwas gemacht werden müsse. Jetzt stehe im Bericht, dass eine Sanierung zeitnah nicht vorgesehen sei. Das entspreche nicht den Tatsachen vor Ort, die Deckschicht sei teilweise schon weg. Man komme mit dem Auto schon ins Schlittern, von einem Motorrad ganz zu schweigen. Die Antwort sei nicht zufriedenstellend.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20e)	Sachstand zum Entwicklungsgebiet Vorderes Woltmershausen bzw. zum Verkauf des Brinkmangeländes -6, 7-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Frau Neumeyer bittet darum der Deputation erneut zu berichten, wenn es neue Erkenntnisse/Ergebnisse gibt.

Frau Schiemann fragt, ob hier auch ein städtebaulicher Vertrag angedacht sei.

Herr Viering berichtet, dass man hier mit mehreren Eigentümer zu tun habe. Diese sollen sich an der Finanzierung der Planungen beteiligen. Ein städtebaulicher Vertrag in dem Sinne würde erst anstehen wenn man – wahrscheinlich in Abschnitten – zur Bauleitplanung komme.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20f)	„Impulsprojekte Wohnungsbau 2018/2019/2020“ „Weitere Intensivierung der Wohnbautätigkeit im Rahmen der Gesamtstrategie Wachsende Stadt“ -71-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Frau Sprehe spricht den in der Aufstellung enthaltenen Bereich „Grohner Wandplatten“ an. Der Anteil an Wohnen sei hierbei noch strittiger, als die Darstellung im Bericht vermuten lasse.

Frau Bernhard stellt fest, dass hier unter einem neuen Titel „Impulsprojekte“ alles zusammengefasst werde, was in den letzten Jahren bereits besprochen wurde. Für einen exorbitant hohen Teil sei der Status „Anschub“. Die genannte Anzahl an Wohneinheiten dahinter sei fraglich. Eine solche Auflistung sei unseriös.

Frau Neumeyer ergänzt, dass große Teile der hier genannte Gebiete bereits in der 40+-Liste enthalten waren, viele davon sollten ursprünglich schon lange fertiggestellt sein.

Herr Staatsrat Deutschendorf erklärt, dass man sich mit den vorgelegten Zahlen auf einem guten und auf dem richtigen Weg befinde, um den aktuellen Bedürfnissen des Wohnungsmarktes gerecht zu werden. Das Ressort arbeite beständig daran, aus dem großen Portfolio Flächen weiter zu entwickeln, um sie für den Wohnungsbau zu Verfügung zu stellen.

Herr Viering ergänzt, dass neben bereits bekannten Flächen aus der 40+-Liste auch etliche neue Flächen enthalten seien, z.B. Mondelez, Brenningstraße, Europahafenkopf, die Galopprennbahn war im Sofortprogramm benannt worden, Oberneuländer Mühle oder die neue Fläche im Büropark Oberneuland. Die Liste enthalte sicher nicht alle verfügbaren Flächen, sie zeige eine Zusammenfassung der Schwerpunkte.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20g)	Rennbahnquartier Bremen -6-	BdV schriftlich
----------	--------------------------------	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20h)	Abriss eines Kaisenhauses -6-	BdV schriftlich
----------	----------------------------------	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21	Verschiedenes	
---------------	----------------------	--

Herr Bücking berichtet, dass die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen mit einer gemeinsamen Sitzung zum Vertrag mit der Firma Kelloggs einverstanden ist.

Herr Imhoff fragt nach dem angekündigten Bericht zu den neuen Projekten der BioStadt.

Herr Staatsrat Meyer sagt dazu eine bilaterale Information zu.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Leihfahrradsysteme in Bremen	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saxe	Geplant am 14.06.2018
Tierschutz sicherstellen durch Hundenausläufflächen	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Imhoff	Zu einer der nächsten Sitzungen

Herr Pohlmann schließt die 28. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll